

Ostpreussen

HEIMATBLATT ALLER OSTPREUSSEN

Nummer 9

Verlagsort Göttingen

September 1951

Einzelpreis 0,35 DM

Jahrgang 2

Ostdeutschland und die USA

Abstimmung in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße?

Der Eindruck einer unklaren Haltung des amerikanischen Außenamtes zu der Frage der deutschen Ostgebiete wird durch die bisher nicht dementierte Meldung verstärkt, daß zwischen USA-Vertretern und Exilpolen ein Abkommen geschlossen sei, welches eine Abstimmung in den deutschen Ostgebieten ostwärts der Oder/Neiße ohne Beteiligung der deutschen Heimatvertriebenen vorsieht.

Eine Abstimmung über unsere Heimat durch Menschen, die ebenso gewaltsam in diese Gebiete verbracht wie wir vertrieben wurden, schlägt allen Regeln des Völkerrechtes ins Gesicht.

Anerkannter Grundsatz des Völkerrechtes ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es ist ein Bestandteil des Versailler Vertrages und hat zu den Abstimmungen in Schleswig, Allenstein, Marienburg und Oberschlesien geführt. Woodrow Wilson hat es in seiner Rede vom 27. 5. 1916 vor der League to Enforce Peace in die Worte gekleidet: „Every people has a right to choose the sovereignty under which they shall live“, wonach jedes Volk das Recht haben soll, die Staatshoheit zu wählen, unter welcher es leben will.

Die ATLANTIK CHARTA vom 14. August 1941 bestimmt in Artikel 2, daß nach Kriegsende „keine territorialen Veränderungen Platz greifen“ sollen, „die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen“. Und die Satzungen der Vereinten Nationen sprechen in ihrem ersten Artikel davon, daß Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker Grundsatz des Völkerrechtes sei.

Alle diese Erklärungen und Verträge sind auch von amerikanischer Seite unterzeichnet worden. Ihnen liegt der gemeinsame Gedanke zugrunde, daß die Zugehörigkeit des Gebietes, in dem ein Volk oder Volksstamm wohnt, von der Staatszugehörigkeit der Menschen bestimmt wird. Wechselt die Menschen ihre Staatszugehörigkeit, so folgt ihr das Gebiet. Niemals aber kann die staatliche Zugehörigkeit eines Gebietes einen Einfluß auf die Staatszugehörigkeit der in diesem Gebiet lebenden Menschen ausüben. Ein solcher Grundsatz würde allen Menschenrechten insbesondere denen der persönlichen Freiheit des einzelnen widersprechen. Steht aber dem einzelnen, dem Stamm oder dem Volk frei zu bestimmen, welcher Nationalität sie sich zu rechnen wollen, so muß ihnen dieses Recht auch außerhalb des Gebietes zustehen, für welches votiert wird.

Das Recht, auch über das Gebiet zu entscheiden, wird aber nach altem völkerrechtlichem Herkommen dem Volk oder Stamm zuerkannt, das aus diesem Gebiet stammt, seit Generationen dort lebt und arbeitet und dem Gebiet durch Jahrhunderte den eigentümlichen Charakter aufgeprägt hat.

Ostpreußen, Westpreußen, Danziger, Pommern, Brandenburger und Schlesier — um nur diese zu nennen — haben seit Jahrhunderten in den Gebieten des deutschen Ostens ostwärts der Oder/Neiße gelebt und gearbeitet. Sie haben über 700 Jahre die Zugehörigkeit dieser Gebiete als zum Deutschtum gehörig bestimmt und sind daher nach anerkanntem Völkerrechts-Grundsatz die allein Legitimierten, über die staatsrechtliche Zugehörigkeit ihrer uralten Heimat zu entscheiden und abzustimmen.

Jede andere Handhabung muß als flagranter Bruch des Völkerrechtes und der genannten Verträge bezeichnet werden.

Soll das Recht auch im Völkerrecht bleiben, so haben nur die in diesem Gebiet Geborenen,

die aus diesem Gebiet Stammenden den Anspruch, bei einer Abstimmung gehört zu werden.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteile des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Recht und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes, heißt es im Artikel 25 des Grundgesetzes.

Es ist auf jeden Fall erforderlich, daß die Bundesregierung sich der Frage einer Volksabstimmung in den Heimatgebieten der Vertriebenen jenseits von Oder und Neiße annimmt und insbesondere bei der amerikanischen Regierung nähere Aufklärung über die — bisher nicht dementierten — Planungen

und angeblichen Abkommen mit exilpolnischen Vertretern einholt. Sollte es sich ergeben, daß auf Grund des fraglichen Abkommens eine Abstimmung in den deutschen Ostgebieten bzw. über deren Staatszugehörigkeit in Aussicht genommen ist, so wäre es notwendig, daß die völkerrechtliche Lage klar aufgezeigt und darauf hingewiesen wird, daß die Bundesregierung alle Heimatvertriebenen aufrufen würde, ihrerseits über die Staatszugehörigkeit der deutschen Ostgebiete abzustimmen. Nur deren Votum kommt völkerrechtliche Gültigkeit zu, da nur sie die legitimen Bewohner des Gebietes sind, wenn sie auch völkerrechtswidrig aus diesem vertrieben wurden.

Dr. Frhr. v. Wrangel, Hann.-Münden



HEILIGENBEIL / RATHAUS

Aufn.: Walter Schiemann.

Die Frage nach Preußen

Es gab eine Zeit — kurz nach dem Zusammenbruch — da es bereits als Ausdruck reaktionärer, ja nationalistischer Gesinnung erschien, wenn die Frage nach Preußen, nach den Grundlagen preußischen Staatsdenkens und nach seiner Bedeutung für Deutschland und Europa überhaupt erhoben wurde. Der Entschluß der Besatzungsmächte, Preußen aufzulösen, entstand aus jenen Auswirkungen einer geflüsterten Propaganda, die nach dem Prinzip der „terrible simplification“ keinen Unterschied zu machen wußte und machen wollte zwischen dem, was sich als Ordnungsprinzip in der Geschichte Mitteleuropas durch Jahrhunderte hindurch erwiesen hatte, und dem, was diese Ordnung zerstörte. Aber mit dem Abklingen der Leidenschaften der Kriegs- und Nachkriegszeit beginnt sich die geschichtliche Wahrheit wieder Bahn zu brechen. Mühselig zwar und nicht ohne Widerstand, aber doch mit zunehmendem Erfolge.

Es ist der amerikanische Vorkämpfer für die Menschenrechte, William Henry Chamberlin, der in seinem Werke „Americas 2nd Crusade“ eindeutig feststellt, daß der Nationalsozialismus auf gänzlich anderen Grundlagen beruhte als das Preußentum, und ebenso hob der bekannte amerikanische Publizist Robert Ingrim wiederholt hervor, daß die Prinzipien preußischen Staatsdenkens diametral unterschieden sind von den Wurzeln, auf die alle jene zerstörenden Gedanken der Zeit vor und nach 1918 zurückzuführen sind, aus denen das Unglück Europas erwuchs.

So wurde die Frage nach Preußen und seinen Grundlagen erneut gestellt, und sie fand zugleich ihre erste Beantwortung. Dabei ist es bezeichnend, daß diese Antwort Bezug nimmt auf die deutschen Heimatvertriebenen und es als deren Aufgabe bezeichnet, den „großen Bestand an preußischem Ethos und Pflichterfüllung“ zu hüten, wie dies Hans Joachim Schoeps in seiner Schrift „Die Ehre Preußens“ fordert. „Preußen ist gestorben“, schreibt er, „aber nicht der klassische preußische Geist. Auch von ihm zehrt unser neuer Staat. Es ist ein sehr verpflichtendes Erbe, das hier verwaltet wird...“

Und es ist ebenso bezeichnend, daß kein anderer als Bundestagspräsident Ehlers im „Oldenburger Sonntagsblatt“ in Antwort hierauf schreibt, daß niemand an der Frage nach Preußen vorbeikommen werde, wenn man die Einheit Deutschlands in Freiheit anstrebe. „Wir müssen unsere Geschichte ohne Ressentiment nach rückwärts und vorwärts gestalten. Und daß wir heute wieder so unbefangen von der ‚Ehre Preußens‘ reden können, ist ein hoffnungsvolles Zeichen für das Wiedererstarken unserer inneren Freiheit“.

Diese Äußerungen zeigen, daß man in zunehmendem Maße erkennt, daß ein Staat auf die Dauer nicht leben kann ohne einen Staatsgedanken. Und diese Stimmen beweisen zugleich, daß man in der preußischen Tradition der Pflichterfüllung, Selbstbeschränkung, Staatstreue, aber auch in preußischer Sparsamkeit, Zucht und Ordnung die Elemente sieht, auf denen ein deutscher Staat errichtet werden kann, der den Stürmen der Zeit standhält. Freilich, es wird — insbesondere von Schoeps — darauf hingewiesen, daß eben die Werte, die Preußen groß machten und es zu einem Ordnungsfaktor in Mitteleuropa werden ließen, durch Mißbrauch auch zu verhängnisvollen Auswirkungen führen könnten. Aber wo wäre die Gefahr des Mißbrauchs nicht gegeben? Und es ist in diesem Sinne auch eine überflüssige Frage, ob Preußen „in das Zeitalter der Demokratien und der

